

*Thomas Meyer*

## **Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert**

Im Jahr 1983 stellte Ralf Dahrendorf seine berühmte Diagnose: Das sozialdemokratische Jahrhundert sei zu Ende, die Ziele dieser Bewegung seien fast alle erreicht, sie prägten nun nicht nur die Gesellschaft, sondern sogar die Programme aller Parteien sowie das öffentliche Bewusstsein. Soweit die Analyse. Und dann folgte das liberale Wunschdenken: mit diesem Erfolg hätten sich die sozialdemokratischen Parteien historisch überflüssig gemacht. Für die Analyse sprach damals viel. Aber heute, nach drei Jahrzehnten neoliberaler Dominanz, ist sie komplett überholt. Ausmaß und Gründe dafür müssen die sozialdemokratischen Parteien jetzt sorgfältig analysieren, wenn ihnen ein echter Neuanfang gelingen soll.

Zu vieles in den Schlüsselbereichen der sozialen Sicherheit, der Einbettung der Märkte, der Parität der Tarifparteien, der sozialen Mobilität, der Chancengleichheit, des Aufstiegsversprechens für alle – all dessen, was Dahrendorfs Befund einst rechtfertigte –, hat sich seither in die Gegenrichtung entwickelt. Die neoliberale Ära ermöglichte eine »stille Revolution« unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der medialen Öffentlichkeit, die vieles vom ehemals sozialdemokratischen Bild der Wirklichkeit verwischt oder unkenntlich gemacht hat (Wolfgang Streeck). Das Gesamtbild hat sich gewandelt: Die Klassengesellschaft und die Dominanz der Märkte sind zurückgekehrt, die soziale Marktwirtschaft ist zu einem neuartigen »Feudalkapitalismus« (Sighard Neckel) mutiert. Das Leistungsprinzip und das Aufstiegsversprechen, fundamentale Legitimationsnormen unserer Gesellschaft, werden auf ganzer Linie demontiert, weil an der Spitze obszöne Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ohne nachweisliche Leistungen zur Gewohnheit werden, dabei die prekäre Arbeit wächst und gleichzeitig nicht nur die Aufstiegschancen schwinden, sondern großen Gruppen der Abstieg droht: Wir sind zur »Abstiegsgesellschaft« geworden (Oliver Nachtwey). Kein Wunder, wenn massenhafter Vertrauensverlust in die Zukunft und die Parteien, denen die Hoffnungen galten, nun um sich greift. In dieser Stimmung gedeiht der Rechtspopulismus prächtig.

Die einst prägnanten Züge der sozialen Demokratie im Bild der Gegenwartsgesellschaft sind verblasst und das Versprechen, für das die Sozialdemokratie heute steht, ist nicht deutlich genug konturiert, um glaubhaft zu machen, dass sie das Blatt wieder wenden kann – und will.

### **Das Polanyische Pendel**

Hat sich die sozialdemokratische Partei, die doch schon so viel erreicht hatte, also letztlich bloß als ein Sisyphus entpuppt? Ja, das auch, aber gewiss nicht nur, denn der

große Stein des Fortschritts ist nicht zur Talsohle zurückgerollt. Und außerdem: Auch ein sozialer Sisyphus wäre im demokratischen Kapitalismus immer ein echter Held. Jedenfalls in Zeiten, in denen nach der plausiblen These des großen Wirtschaftshistorikers Karl Polanyi der soziale Fortschritt nur möglich ist als eine Pendelbewegung zwischen Perioden der sozialen Eindämmung des Kapitalismus und Perioden, in denen dieser einen Teil des an die Gesellschaft verlorenen Terrains durch Expansion zurückgewinnt – bis dann die Schmerzgrenze erreicht ist, welche die gesellschaftlichen Energien seiner Eindämmung aufs Neue mobilisieren. Jetzt ist das Pendel zu weit ins Unsoziale zurückgeschwungen und die Sozialdemokratie selbst hat ihm das mitunter erleichtert (Finanzmarktliberalisierung), manchmal aber durchaus erschwert (Mindestlohn). Der neue sozialdemokratische Bundeskanzler Österreichs, Christian Kern, hat recht: Die Zeit ist jetzt reif für ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert.

Auch sehr lange Listen mit (guten) Einzelreformen greifen daher heute zu kurz. Es geht um eine historische Schubumkehr des Polanyischen Pendels auf ganzer Linie. Das Problem sind ja nicht allein die teils krassen und weiter wachsenden Ungleichheiten in vielen Einzelbereichen – die ganze Struktur und Dynamik der Gesellschaft ist aus dem Gleichgewicht geraten. Die politisch-ökonomische Grundkonstellation selbst hat sich im Kern verändert und produziert systematisch antisoziale Effekte. Die Dominanz der unterregulierten Finanzmärkte ist ungebrochen (Martin Hellwig), die Soziale Marktwirtschaft ist demontiert (Marcel Fratzscher) und von einem leistungsfremden »Patrimonial-Kapitalismus« (Thomas Picketty) bzw. einem »Feudalkapitalismus« (Sighard Neckel) abgelöst. Zentrale Elemente der einstigen Wirtschaftsdemokratie wurden geschwächt (wie Neokorporatismus, Stakeholder-Kontrolle des Managements, flächendeckende Tarifpartnerschaft mit starken Gewerkschaften, effektive Marktregulation). Im finanzmarktgesteuerten Shareholder-Kapitalismus genehmigt sich eine selbstrekutierende Führungskaste Fantasiegehälter und Luxusrenten ohne realen Leistungsbezug, derweil für ein rundes Drittel der Arbeiter und Angestellten die Jobs und Lebenslagen immer prekärer geworden sind und ihre Arbeitseinkommen stagnieren oder gar sinken. Im Kern dieser Struktur entsteht eine ungesunde Dynamik mit vielen problematischen Folgen, von der Kurzfristorientierung der Investitionsentscheidungen, über die Einengungen des Blickfelds im Unternehmen auf die Shareholderinteressen bis hin zur wuchernden Ungleichheit, der fortwährenden Widerlegung der Leistungsnorm und einer die Sozialkultur des ganze Landes verderbenden Enthemmung von Teilen der Eliten.

Eine neue strategische Reformpolitik muss im Kern dieser Dynamik ansetzen und von dort aus Klassengesellschaft und Feudalkapitalismus überwinden, vor allem mittels Stärkung der Wirtschaftsdemokratie (Stakeholder-Prinzip, Tarifpartnerschaft, Regulierung), effektiver Finanzmarktkontrolle sowie einer symbolisch und real wirkungsvollen Grenze für die zulässige Relation von Durchschnitts- und Höchsteskommen (durch Gesetz oder Steuern). Ins Zentrum substanzieller Reformen müssen sodann die von Karl Lauterbach als Wurzeln einer »Zweiklassengesellschaft« bloßgelegten verfestigten Ungleichheiten in den Fundamentalbereichen

des menschlichen Lebens treten (Gesundheitszustand, Lebenserwartung, Bildung, Medizin, Pflege und Renten).

### Offene Fragen

Das Gegenbild zum neuen Kapitalismus hat einen Doppelnamen: Soziale Demokratie und Gute Gesellschaft. Der Grundriss für beide braucht nicht neu erfunden zu werden, aber seine Koordinaten bedürfen der Aktualisierung. Zu den skizzierten Hauptelementen einer sozialen Schubumkehr müssen plausible Antworten auf offene Fragen hinzukommen, die heute gestellt werden.

*Gleichheit oder Freiheit?* Die sozialdemokratische Kommunikation von Gleichheit ist meist defensiv und daher verwundbar. Ihr Gleichheitsbegriff ist seinem Wesen nach aber durch Freiheit bestimmt. Es geht dabei um die gleiche Freiheit aller. Und zwar die ganze Freiheit mitsamt den materiellen Voraussetzungen eines selbstbestimmten Lebens. Nur gleiche Freiheit ist realisierte Freiheit für alle. Ohne ein hohes Maß an Gleichheit der realen Lebenschancen, eine Art soziale Sockelgleichheit (Bildung, Einkommen, soziale Sicherheit, inklusionssichernde Renten, öffentliche Güter in der Lebenswelt) degeneriert Freiheit zum Privileg der Vermögenden und bleibt ein leeres Versprechen für die Vielen. Ungleichheiten, die darüber hinaus verbleiben, stehen Gerechtigkeit und Solidarität nur dann nicht im Weg, wenn sie aus allen zugutekommenden Leistungen resultieren. Wirkliche Freiheit ist Gleichfreiheit (Étienne Balibar). Ein Begriff wie gemacht für die Offensive.

*Die digitale Revolution* hat die Gesellschaft schon tief verändert mit empfindlichen Folgen für Arbeit, Freiheit und Privatheit. Zum Guten gewendet und sozial beherrscht wird ihre weitere Entwicklung nur, wenn ihre Baupläne nicht länger von den selbstverliebten libertären Utopikern des Silicon Valley entworfen und exekutiert werden, die meinen, etwas so Engstirniges und Gestriges wie soziale Grenzen und demokratische Regeln ignorieren zu dürfen. Die allen Hervorbringungen dieser hemdsärmelig gemanagten Zukunftswerkstätten innewohnende Zwiespältigkeit muss durch entschieden gestaltende Politik in soziale Bahnen gelenkt werden, die der ganzen Gesellschaft und dem Freiheitsverlangen all ihrer Bürger gerecht werden. Das Internet ist ein öffentlicher Raum und muss als solcher mit den Mitteln demokratischer Politik gestaltet werden. Die digitale Umgestaltung der Arbeitswelt bedarf, wie im alten Erfolgsmodell Deutschland, eines erneuerten Zusammenwirkens von Unternehmen, Gewerkschaften und Staat.

*Globale Gerechtigkeit* ist, nach dem Urteil vor allem intellektueller und zivilgesellschaftlicher Kritiker, das Hauptdefizit der Linken und speziell der SPD. Das trifft für die öffentliche Kommunikation wohl zu, aber sehr viel weniger für die Programmatik. Letztere enthält sehr weitreichende und aktuelle Wegweisungen zu diesem Thema. Als einzelnes Land könnte die Bundesrepublik, wenn sie wenigstens den selbstgesetzten Vorgaben folgte, mit ihrer Entwicklungspolitik (das Ziel sind 0,7 % des BSP) vor allem bei kluger Schwerpunktsetzung viel mehr bewirken, aber der Hauptfaktor für eine gerechtere Welt besteht in einer koordinierten Politik der reichen Länder zur Erreichung der Millenniumsziele der UN, die im Wesentlichen auf eine Durchsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der UN-Charta setzen,

wozu sich diese Länder ja gemeinsam verpflichtet haben. Dazu gehört eine faire Handelspolitik, die den eigenen Spielraum der ärmeren Länder für Entwicklung nicht länger verengt. Die korrupten Eliten und räuberischen Clans, die vielerorts ihre Länder ausrauben, können, sofern sie nicht flagrante Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, von außen oft nur indirekt bekämpft werden, wenn an der richtigen Stelle angesetzt wird. Krasses Staatsversagen, Armut, Not, Repression, Lebensgefahr und dann Massenflucht, also globale Ungleichheit in ihrer schlimmsten Form, sind häufig die Folge von innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Macht, Anerkennung und Chancen. Aber erst eine Außenwelt, die teils aus Desinteresse, teils aus Eigennutz nicht alles unternimmt, um Aggressoren den Zugang zu Waffen und Finanzen zu verwehren, sondern oft das Gegenteil bewirkt, verschärft solche fatalen Krisen und lässt sie zum Dauerzustand werden. Globale Gleichheitspolitik der SPD verlangt daher Einwirkung auf die eigene Regierung, damit diese in ihrer Entwicklungspolitik sowie beim Waffenhandel diese Zusammenhänge strikt beherzigt und in allen internationalen Institutionen und Organisationen massiv in diese Richtung wirkt. Dass das alles sehr direkt auch in unserem eigenen Interesse ist, hat die Brandt-Kommission schon 1979, also vor über 30 Jahren bewiesen, die Flüchtlingsströme der Gegenwart machen es nun auf dramatische Weise augenfällig.

*Die neue Identitätspolitik.* Wohl am schwersten zu meistern ist für Sozialdemokraten die in ganz Europa heraufziehende Drohung einer neuen identitätspolitischen Konfliktlinie quer durch die Gesellschaft. Ihre Entschärfung dürfte für eine längere Zeit über die Stellung und Größenordnung der sozialdemokratischen Parteien in Europa mitentscheiden. Es geht dabei nicht nur um den Rechtsradikalismus, den hart zu bekämpfen immer schon sozialdemokratische Politik war. Aber die Fähigkeit der populistischen *Identitätsunternehmer* zur emotionalen und politischen Mobilisierung steht dem Kampf der Ideologien des 20. Jahrhunderts kaum nach. Sie können – fürs Erste – auf die Unterstützung vieler demokratischer Protestwähler hoffen, die keineswegs teilen, was in ihren Programmen steht. Sie experimentieren mit einem ideologisch zugerüsteten völkischen Fundamentalismus, der stellvertretend für andere, eigentlich soziale und politische Konflikte steht, diese aber kulturalistisch verschiebt und auflädt. Nur solange die sozialen Konflikte ungelöst bleiben, die ihr Kulturalismus zu überwinden vorgibt, können sie als breite Protestbewegung Erfolg haben. Ungleichheit, Abstiegsangst und Unsicherheit spielen dabei eine Schlüsselrolle. Die Traditionspartei der kleinen Leute wäre schlecht beraten, überließe sie jenes Drittel der Gesellschaft der AfD, das schon durch die eingefahrene Ungerechtigkeit und Unsicherheit entfremdet und nun durch die Fehler der Merkelschen Flüchtlings- und Integrationspolitik in Panik zu geraten droht. Der demokratische Cordon sanitaire darf nicht zwischen diesen Menschen und der »anständigen« Gesellschaft errichtet werden, sondern zwischen den nur Verunsicherten und den harten Aktivisten des organisierten Rechtspopulismus. Wolfgang Thierse hat diese Grenzlinie treffend markiert: »Wir ahnen, dass die deutsche Gesellschaft sich durch Migration stark verändern wird (...). Individuelle und kollektive Identitäten werden infrage gestellt – durch das Fremde und die Fremden, die uns nahegerückt sind – durch die Globalisierung, die offenen Grenzen, die Zuwanderer, die Flüchtlinge. Die

Folgen sind Entheimungsängste, die sich in der Mobilisierung von Vorurteilen, in Wut und aggressivem Protest ausdrücken.«

Wer der Gesellschaft eine tiefgreifende Wandlung in Aussicht stellt, ohne zu sagen, wohin die Reise gehen soll und ob die Wegstrecke gesichert ist, nährt solche Ängste. Wenn öffentliche Debatten, verlässliche Wegweisungen und sichere Leitplanken für den großen Wandel ausbleiben, kann der Voluntarismus einer Kanzlerin, die noch vor wenigen Jahren das »absolute Scheitern des Multikulturalismus« verkündete, kein Vertrauen schaffen. Die wachsenden Ängste um Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die vertraute Lebenswelt, die ja nicht gänzlich unreal sind, müssen ernst genommen und zum Ausgangspunkt für eine sozialdemokratische Alternative gemacht werden, die der Identitätspolitik der Populisten mit überzeugenden Taten das Wasser abgräbt. Die Vorstellung geht in die Irre, die moderne Welt zerfalle nun mal in naturwüchsige Kommunitaristen, die keine Fremden ins Land lassen wollen, und weltreisenden Kosmopoliten, die die Tore nicht weit genug aufreißen können. Beides sind irreal konstruierte Extrempunkte eines Kontinuums. Zwischen den künstlichen Extremen finden sich die wirklichen Menschen mit ihren unterschiedlichen Haltungen, die meisten sind solche, die Heimat wollen, aber sich gegen Zuwanderung nicht völlig verschließen, wenn diese überschaubar ist, und Weltbürger, die für das »Fremde« weit offen sind, aber doch einen Ort auf der Welt wollen, an dem sie zuhause sein können. Sozialdemokratisch ist die Annäherung beider durch eine überzeugende Flüchtlings- und Integrationspolitik. Dazu gehört der von Sigmar Gabriel vorgeschlagene große Solidarpakt, der die von den Identitätspolitikern gewünschte Konfliktlinie zwischen dem unteren Drittel der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen überwindet (doppelte Integration) und eine umfassende Integrationspolitik (Schule, Ausbildung, Wohnen, Sprache, Landeskunde).

Aufgaben genug für ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert. Es muss gleich beginnen, bevor es dafür zu spät ist.



**Thomas Meyer**

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der NG/FH. In der edition suhrkamp erschien 2015: *Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren.*

*thomas.meyer@fes.de*